

Kleine Anfrage

des Abg. Thomas Blenke CDU

und

Antwort

des Ministeriums für Verkehr und Infrastruktur

**Auswirkungen der Änderungen des Landesgemeinde-
verkehrsfinanzierungsgesetzes (LGVFG)
im Wahlkreis Calw**

Kleine Anfrage

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Maßnahmen wurden im Bereich des Kommunalen Straßenbaus (KStB) und im Bereich des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) im Landkreis Calw vor dem 31. Dezember 2013 beantragt, welche wurden in das Förderprogramm 2011 bis 2015 aufgenommen, welche wurden nachrichtlich aufgenommen und welche wurden bewilligt (in Form eines Zuwendungsbescheides) bzw. für welche Maßnahmen liegt noch kein Zuwendungsbescheid vor?
2. Welche Maßnahmen sind im Landkreis Calw von den Änderungen der Fördermodalitäten des LGVFG insgesamt betroffen (getrennt nach ÖPNV und KStB)?
3. Welche in das Förderprogramm 2011 bis 2015 aufgenommenen bzw. nachrichtlich aufgeführten verkehrswichtigen zwischenörtlichen Straßen gemäß § 2 Nr. 1 d LGVFG im Landkreis Calw (Gemeindeverbindungs- und Kreisstraßen) sind nach Punkt 3.1.3 der Verwaltungsvorschrift des Ministeriums für Verkehr und Infrastruktur zur Durchführung des Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes für den Kommunalen Straßenbau (VwV-LGVFG KStB) aufgrund des Nicht-Erreichens der geforderten Verkehrsstärke (DTV in Kfz/24 h) nicht mehr förderfähig?

4. Welche Maßnahmen im Landkreis Calw können durch die generelle Absenkung der Förderquote auf 50 Prozent nicht mehr von den Kommunen finanziert werden (getrennt nach ÖPNV und KStB)?
5. Um welchen Betrag wird sich der kommunale Eigenanteil beim Projekt „Hesse-Bahn“ durch die Änderung des LGVFG erhöhen?

13.02.2014

Blenke CDU

Begründung

Diese Kleine Anfrage bezweckt die Abfrage der Auswirkungen der Änderungen im Landesgemeinerverkehrsfinanzierungsgesetz auf Infrastrukturmaßnahmen im Wahlkreis Calw.

Antwort*)

Mit Schreiben vom 8. April 2014 Nr. 2-3932/253 beantwortet das Ministerium für Verkehr und Infrastruktur die Kleine Anfrage wie folgt:

Vorbemerkung

Die Föderalismuskommission II hat das Auslaufen der Mittel aus dem GVFG und Entflechtungsgesetz bis Ende 2019 beschlossen. Bis Mitte 2013 hatte der Bund zusätzlich noch ein vorzeitiges Abschmelzen der jährlichen Zuweisungen verfolgt.

Vor diesem Hintergrund leidet die Förderung des kommunalen Straßenbaus nach dem LGVFG seit vielen Jahren unter einer hohen Vorbelastung der verfügbaren Finanzmittel durch eine große Menge an Mittelbewilligungen. Diese Problematik der hohen Mittelbindung und der fehlenden Finanzierungssicherheit hatte der Rechnungshof auch in der Denkschrift 2010 beklagt. Das Programmvolumen betrug Ende 2011 noch ca. 440 Mio. Euro. Durch einen weitgehenden Bewilligungsstopp in den Jahren 2012 und 2013 und eine verstärkte Abrechnung konnten die Maßnahmen bis Ende 2013 auf 465 und das Programmvolumen auf ca. 340 Mio. Euro (inklusive Kostensteigerungen) reduziert werden. Davon sind derzeit ca. 260 Mio. Euro rechtlich gebunden. Durch diese immer noch große Vorbelastung des Programms stehen bis zum Auslaufen der Mittel im Jahr 2019 nach derzeitigem Stand lediglich noch insgesamt 140 Mio. Euro rechtlich nicht gebundene Mittel für neue Bewilligungen zur Verfügung. Dieses Volumen reduziert sich durch die für 2014 vorgesehenen Bewilligungen weiter.

Auch im Bereich ÖPNV ist das Restmittelvolumen bis 2019 schon zu großen Teilen durch bereits im Bau befindliche oder bewilligte Vorhaben gebunden, sodass die Gestaltungsmöglichkeiten bei Neuvorhaben eingeschränkt sind. Gleichzeitig übersteigt die Anzahl der vorliegenden Förderanträge bei weitem das Finanzvolumen, das bis 2019 noch zur Verfügung steht.

*) Der Überschreitung der Drei-Wochen-Frist wurde zugestimmt.

Um den beschriebenen erheblichen Problemen zumindest für die ab 2014 zu bewilligenden Projekte zu begegnen, hat die Landesregierung zwischenzeitlich mit der zum 1. Januar 2014 in Kraft getretenen Änderung der Verwaltungsvorschrift zu Durchführung des LGVFG für den Kommunalen Straßenbau (VwV LGVFG-KStB) reagiert. Die Vorschrift wird bis zu einer Neufassung der VwV LGVFG-ÖPNV für den Bereich des ÖPNV analog angewendet. Künftig müssen die Vorhaben innerhalb einer festgelegten Frist abgerechnet werden; zur Verfahrensbeschleunigung und -vereinfachung wurde insbesondere eine Festbetragsfinanzierung eingeführt und Nachbewilligungen ausgeschlossen. Zum anderen ist es erforderlich, das geringe restliche Fördervolumen in den nächsten Jahren auf die wichtigsten kommunalen Projekte zu konzentrieren. Daneben war eine Reduzierung des Fördersatzes in der neuen VwV LGVFG-KStB notwendig, um angesichts der hohen Zahl an Förderanträgen überhaupt noch eine adäquate Anzahl von kommunalen Projekten fördern zu können.

1. Welche Maßnahmen wurden im Bereich des Kommunalen Straßenbaus (KStB) und im Bereich des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) im Landkreis Calw vor dem 31. Dezember 2013 beantragt, welche wurden in das Förderprogramm 2011 bis 2015 aufgenommen, welche wurden nachrichtlich aufgenommen und welche wurden bewilligt (in Form eines Zuwendungsbescheides) bzw. für welche Maßnahmen liegt noch kein Zuwendungsbescheid vor?

Kommunaler Straßenbau (KStB)

Ein Vorhaben, das gefördert werden soll, ist zuvor in das Programm nach § 5 LGVFG aufzunehmen.

Die Anfrage hebt auf das LGVFG-Programm 2011 bis 2015 ab. Entsprechend beschränkt sich die Antwort auf dieses Programm. Eine Erhebung über die weiteren Vorjahre wäre zudem mit erheblichem Aufwand verbunden und würde nur eine unzureichende Datenlage liefern, da Maßnahmen im Rahmen der Programmaufstellungen ggf. zurückgesandt oder nachbeantragt werden.

Auf die beigelegte Tabelle „Maßnahmen KStB“ wird verwiesen (*Anlage 1*).

Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV)

Die Aufnahme einer vom Vorhabensträger angemeldeten Maßnahme ins Förderprogramm des Landes erfolgt im Bereich ÖPNV zunächst nachrichtlich. Erst nach Eingang des Förderantrags wird die Maßnahme fest in das Programm aufgenommen (Kat. A). Nach fachtechnischer Prüfung der Antragsunterlagen wird eine verbindliche Förderzusage von der zuständigen Bewilligungsbehörde (Regierungspräsidien bzw. Ministerium) durch förmlichen Bewilligungsbescheid (bzw. in begründeten Ausnahmefällen einer Unbedenklichkeitsbescheinigung) erteilt.

Auf die beigelegte Tabelle „Maßnahmen ÖPNV“ wird verwiesen (*Anlage 2*).

2. Welche Maßnahmen sind im Landkreis Calw von den Änderungen der Fördermodalitäten des LGVFG insgesamt betroffen (getrennt nach ÖPNV und KStB)?

Kommunaler Straßenbau (KStB)

Im kommunalen Straßenbau ist die VwV-LGVFG KStB auf alle Vorhaben anzuwenden, die nach dem 1. Januar 2014 erstmalig bewilligt werden. Entsprechend der Übergangsregelung kann bei bereits im Förderprogramm des KStB enthaltenen Eisenbahnkreuzungsmaßnahmen nach §§ 3, 13 EKrG, mit deren Bau bis zum 30. Juni 2015 begonnen wird, weiterhin ein Fördersatz – als Festbetragsfinanzierung – bis zu 75 % gewährt werden.

Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV)

Grundsätzlich gelten für alle bereits vor dem 1. Oktober 2013 begonnenen Vorhaben („Altvorhaben“) im Bereich ÖPNV die zum Zeitpunkt der Bewilligung gültigen Regelungen weiter.

Darüber hinaus gilt folgende Übergangsregelung: für Vorhaben, bei denen bis zum 1. Oktober 2013 ein vollständiger und prüffähiger Förderantrag eingereicht wurde und der Baubeginn für wesentliche Bauteile bis zum 31. März 2014 erfolgt, werden ebenfalls die bisher geltenden Regelungen angewandt. Für alle Vorhaben, die nicht unter die vorgenannten Regelungen fallen, gelten die neuen Fördermodalitäten. Härtefallregelungen zur Anwendung eines erhöhten Fördersatzes kommen nur in eng begrenzten Fällen in Betracht.

3. Welche in das Förderprogramm 2011 bis 2015 aufgenommenen bzw. nachrichtlich aufgeführten verkehrswichtigen zwischenörtlichen Straßen gemäß § 2 Nr. 1 d LGVFG im Landkreis Calw (Gemeindeverbindungs- und Kreisstraßen) sind nach Punkt 3.1.3 der Verwaltungsvorschrift des Ministeriums für Verkehr und Infrastruktur zur Durchführung des Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes für den Kommunalen Straßenbau (VwV-LGVFG KStB) aufgrund des Nichterreichens der geforderten Verkehrsstärke (DTV in Kfz/24 h) nicht mehr förderfähig?

Eine Förderung von verkehrswichtigen zwischenörtlichen Straßen war nach dem GVFG und der Verwaltungsvorschrift nach dem Entflechtungsgesetz bis Ende 2010 nur in zurückgebliebenen Gebieten nach § 2 Abs. 1 Nr. 3 des Raumordnungsgesetzes möglich. Erst mit dem Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (LGVFG) wurde ab 2011 auf diese Einschränkung verzichtet.

Nach der seit 1. Januar 2014 geltenden Regelung wird diesem erweiterten Förderatbestand nach Nr. 3.1.3 der Verwaltungsvorschrift (VwV) zum LGVFG eine bestimmte Verkehrsstärke zugrunde gelegt; es handelt sich dabei jedoch lediglich um eine „soll“-Vorschrift. Die bisherigen Förderatbestände Nr. 3.1.1 „Verkehrswichtige innerörtliche Straßen“ sowie Nr. 3.1.2 „Verkehrswichtige Zubringerstraßen zum überörtlichen Verkehr“ bleiben unverändert; das Kriterium der Verkehrsstärke bezieht sich lediglich auf die Nr. 3.1.3 der VwV-LGVFG.

Nach jetzigem Kenntnisstand fallen keine der unter Ziff. 1 genannten Straßenbaumaßnahmen aus dem Förderprogramm des KStB unter die Regelungen der Ziffer 3.1.3 der neuen VwV-LGVFG KStB.

4. Welche Maßnahmen können im Landkreis Calw durch die generelle Absenkung der Förderquote auf 50 Prozent nicht mehr von den Kommunen finanziert werden (getrennt nach ÖPNV und KStB)?

Grundsätzlich obliegt die Antragstellung für Vorhaben im Bereich des KStB und ÖPNV den Gebietskörperschaften bzw. Verkehrsunternehmen in eigener Verantwortung. Eine Einbindung oder Vorabinformation des Landes erfolgt dabei in der Regel nicht. Kenntnisse über Vorhaben, die aufgrund der Absenkung der Förderquote möglicherweise nicht beantragt oder realisiert werden, liegen dem Land daher nicht vor.

5. Um welchen Betrag wird sich der kommunale Eigenanteil beim Projekt „Hesse-Bahn“ durch die Änderung des LGVFG erhöhen?

Die Reaktivierung der Hermann-Hesse-Bahn ist ein herausragendes Projekt zur Schienenanbindung des ländlichen Raums an den Großraum Stuttgart. Das Land ist zunächst jedoch nur als potenzieller Fördergeber angesprochen. Die Planungshoheit für das Projekt liegt allein auf kommunaler Seite. Bisher wurde dem Land noch kein konkreter Förderantrag vorgelegt, sodass derzeit nicht bekannt ist, wie hoch die Projektkosten bzw. die zuwendungsfähigen Gesamtkosten des Projekts sind. Der kommunale Eigenanteil lässt sich erst nach Vorlage eines Förderantrags errechnen.

Dr. Splett

Staatssekretärin

Anlage 1

Drucksache 15/4780
LGVFG-Förderprogramm 2011 - 2015
Landkreis Calw

zu Ziffer 1:

Maßnahmen KStB zum Programm 2011-2015,
die vom 01.01.2011 bis 31.12.2013 beantragt, ins (nachrichtliche) Programm aufgenommen bzw. bewilligt wurden

Maßnahme	Antrag auf Aufnahme in das		Aufnahme in das		Bewilligung		Bemerkung
	Programm	nachrichtliche Programm	Programm	nachrichtliche Programm	Antrag auf Bewilligung gestellt	Bewilligung erteilt	
K 4325, Radweg zwischen Agenbach und Würzbach			x			x	
K 4339, Ausbau zwischen Egenhausen und Walddorf			x			x	
B 294, OD Calmbach, Verbreiterung von Gehwegen und Bau von Parkständen						x	
B 463, OD Iselshausen, Bau und Verbreiterung von Gehwegen und Parkständen						x	
K 4366, Ausbau der OD Aichelberg (mit Anlage von Gehwegen)	x						2013: Programmaufnahme mit Verweis auf Förderstopp abgelehnt
K 4366, Ausbau der OD Aichelberg (mit Anlage von Gehwegen)	x						2013: Programmaufnahme mit Verweis auf Förderstopp abgelehnt

Anlage 2

Drucksache 15/4780
LGVFG-Förderprogramm 2011 - 2015
Landkreis Calw

Zu Ziffer 1:

**Maßnahmen ÖPNV zum Programm 2011-2015,
 die vom 01.01.2011 bis 31.12.2013 beantragt, ins (nachrichtliche) Programm aufgenommen bzw. bewilligt wurden**

Maßnahme	Antrag auf Aufnahme in das		Aufnahme in das		Bewilligung		Bemerkung
	Programm	nachrichtliche Programm	Programm	nachrichtliche Programm	Antrag auf Bewilligung gestellt	Bewilligung erteilt	
Umbau Bf Unterreichenbach	X		X		X	X	
Umbau Bf Bad Liebenzell	X		X		X	X	
Umbau Bf Bad Teinach	X		X		X	X	
Neubau HP Emmingen, Nagold	X		X		X		
Umbau Bf Nagold	X		X		X	X	
Neubau HP Nagold-Stadmitte	X		X		X	X	
Neubau Bf Iselshausen	X		X		X	X	
Änderung der Sicherungstechnik am BÜ Bembacher Straße, Bahn-km 24,7 + 93 am Hp Kullenmühle	X		X		X		Entgegen der Aussage in Drs. 15/1804 ist hierzu bisher lediglich eine Unbedenklichkeitsbescheinigung erteilt worden.
Teinachtal Reisen Erweiterung Betriebshof Neubulach	X		X		X	X	
Umbau Bf Wildberg	X		X		X	X	
Umbau HP Hirsau	X		X		X	X	